

Herausgegeben im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich von T. Domej, A. Donatsch, U. Haas, I. Meier, F. Uhlmann

Benedikt Meier

Restschuldbefreiung

Inhaltsverzeichnis

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	XXIII
LITERATURVERZEICHNIS.....	XXXVII
MATERIALIENVERZEICHNIS	LXIII
EINLEITUNG.....	1
ERSTER TEIL: SCHULDENSANIERUNG FÜR NATÜRLICHE PERSONEN NACH GELTENDEM RECHT	7
§ 1 DIE DREI VERFAHREN.....	9
§ 2 SCHULDENSANIERUNG AUSSERHALB DES KON- KURSES.....	11
I. Die einvernehmliche private Schuldenbereinigung	11
1. Die einvernehmliche private Schuldenbereinigung als Rahmen zur Durchführung aussergerichtlicher Nachlass- verfahren	11
2. Geringe praktische Relevanz.....	13
II. Der gerichtliche Nachlassvertrag als Mittel zur Ent- schuldung	15
§ 3 DER PRIVATKONKURS.....	17
I. Die Bedeutung des Privatkonkurses.....	17

II. Der Privatkonkurs und die Einrede des fehlenden neuen Vermögens als mangelhaftes Sanierungskonzept.....	18
1. Kein finanzieller Neustart	18
2. Rechtsungleicher Zugang zum Vollstreckungsschutz	19
3. Unterschiedliches Schutzniveau.....	20
§ 4 ERGEBNIS: KEIN TAUGLICHES MITTEL ZUR ENTSCULDUNG VON NATÜRLICHEN PERSO- NEN	23

**ZWEITER TEIL: DAS PRINZIP
DER RESTSCHULDBEFREIUNG..... 25**

§ 1 EINLEITUNG UND DEFINITION 27

**§ 2 ENTWICKLUNG DER MODERNEN REST-
SCHULDBEFREIUNG 29**

I. Die ersten modernen Restschuldbefreiungsregelungen in England	30
1. Der Anfang: Das Statute of 4 & 5 Anne, Chapter 17, Sec- tion 7.....	30
2. Die Schuldbefreiung durch Gerichtsentscheid und die Er- weiterung des Anwendungsbereichs	33
3. Die weitere Entwicklung.....	34
II. Die erste amerikanische Restschuldbefreiungsregelung.....	35
1. Das erste Bundeskonkursgesetz, der Bankruptcy Act von 1800.....	35
2. Der Bankruptcy Act von 1841.....	36
3. Der Bankruptcy Act von 1867.....	37
4. Das erste langfristige Konkursgesetz, der Bankruptcy Act von 1898.....	38

III. Zusammenfassung..... 39

**§ 3 VERFASSUNGSRECHTLICHE ASPEKTE
DER RESTSCHULDBEFREIUNG 41**

I. Die privaten Interessen	42
1. Der Schutz des Gläubigereigentums (Art. 26 BV).....	42
1.1. Schutzgegenstand.....	42
1.2. Umfang des Schutzes: die Eigentumsgarantie als Institut- und Bestandesgarantie (Art. 26 Abs. 1 BV).....	43
1.3. Die Eigentumsgarantie als Wertgarantie (Art. 26 Abs. 2 BV)	44
2. Die Rechtsweggarantie (Art. 29a BV)	45
2.1. Schutzbereich.....	45
2.2. Effektivität der Zwangsvollstreckung.....	46
3. Schutz der Menschenwürde und der Persönlichkeit (Art. 7 und Art. 10 Abs. 2 BV).....	48
3.1. Betroffenes Schutzgut.....	48
3.2. Psychische Integrität.....	49
a) Vermeiden gesundheitlicher Belastungen	50
b) Schutz des Ansehens	50
c) Wirtschaftliche Selbstbestimmung.....	51
3.3. Schutz der Persönlichkeit der Gläubiger	53
4. Die Rechtsgleichheit zwischen natürlichen und juristischen Personen (Art. 8 Abs. 1 BV)	53
II. Öffentliche Interessen	55
1. Die Restschuldbefreiung als sozialpolitische Massnahme.....	55
1.1. Das Postulat der sozialen Gerechtigkeit	56
1.2. Die Restschuldbefreiung als Einrichtung der sozialen Sicherheit	58
1.3. Sozialschutz für die Familie der Schuldner	59
2. Volkswirtschaftliche Interessen.....	60
3. Verhaltenssteuernde Wirkung.....	61

- III. Ergebnis: Die relevanten Interessen für die Prüfung der Verfassungsmässigkeit..... 62**

- IV. Verhältnismässigkeit 63**
 - 1. Eignung 63
 - 1.1. Schutz des Schuldners durch die Restschuldbefreiung 64
 - a) Keine sofortige wirtschaftliche Erholung 64
 - b) Analyse von Daten einer Langzeitstudie 65
 - 1.2. Öffentliche Interessen 66
 - 1.3. Zwischenergebnis 67
 - 2. Erforderlichkeit 67
 - 2.1. Das geltende Recht und dessen Anpassung 67
 - 2.2. Die Verjährungslösung..... 68
 - 2.3. Andere materiellrechtliche Lösungen..... 70
 - 2.4. Zwischenergebnis 72
 - 3. Verhältnismässigkeit i.e.S. 73
 - 3.1. Beeinträchtigung der Gläubigerrechte 73
 - 3.2. Vergleich mit dem Wert des Rechts auf Vollstreckung von Verlustscheinsforderungen 74
 - 3.3. Zwischenergebnis 76
 - 3.4. Vorbehalte 76

- V. Ergebnis: Verfassungsmässigkeit der Restschuldbefreiung 77**

- § 4 PRIVATRECHTLICHE BEZÜGE DER RESTSCHULDBEFREIUNG 79**

- I. Beschränkung der Haftung 80**
 - 1. Das System von Schuld und Haftung..... 80
 - 1.1. Arten von Haftungsbeschränkungen..... 82
 - 1.2. Die Restschuldbefreiung als Beschränkung der Haftung 83
 - 1.3. Unvereinbarkeit der Restschuldbefreiung mit dem Dogma der unbeschränkten Haftung 84

2. Schuld und Haftung im geltenden Recht.....	84
2.1. Verwirklichung unbeschränkter Haftung im Zwangsvollstreckungsrecht	84
2.2. Privatrechtliche Haftungsbeschränkungen	86
2.3. Haftungsbeschränkung durch Organisation in Form einer juristischen Person?	86
2.4. Die Haftungsbeschränkung durch die Restschuldbefreiung ist nicht absolut systemfremd.....	87
3. Haftungsbeschränkung aufgrund beschränkter Herrschaft	88
3.1. Schranken der Herrschaft infolge von Abhängigkeiten und Informationsdefiziten	89
3.2. Verhaltensökonomische Relativierung der Entscheidungsfreiheit	90
a) Beschränkte Rationalität	90
b) Beschränkte Willenskraft	93
c) Der verhaltensökonomische Befund und Kritik.....	94
3.3. Zwischenergebnis	96
4. Gründe für den Zusammenhang von Schuld und Haftung.....	96
4.1. Die Haftung als Folge garantierter Leistungsfähigkeit	97
4.2. Das Vertrauen der Gläubiger auf die Rückzahlung von Krediten	98
4.3. Die Notwendigkeit unbeschränkter Haftung aus Gründen des Verkehrsschutzes	99
4.4. Rückkopplung der Haftung auf die Herrschaftsausübung	100
4.5. Wettbewerbsfunktion der Haftung.....	102
4.6. Zwischenergebnis	102
5. Gründe für eine Risikobeteiligung der Gläubiger	103
5.1. Mitverantwortung für den Forderungsausfall und freiwillige Risikübernahme.....	103
5.2. Bessere Eignung der Gläubiger zur Risikotragung.....	104
5.3. Vorteile gegenüber den Beschränkungen des Schuldnerverhaltens	105
5.4. Negative Externalitäten.....	106
5.5. Unfreiwillige Gläubiger.....	107
5.6. Zwischenergebnis	108

6. Ergebnis: Die Haftung der Schuldner braucht nicht unbeschränkt zu sein	108
II. Einschränkungen der Privatautonomie	110
1. Verstoss gegen den Grundsatz der Gläubigerautonomie.....	110
2. Die Unverzichtbarkeit der Restschuldbefreiung	111
III. Ergebnis: Die Restschuldbefreiung ist mit dem Privatrecht vereinbar	113
§ 5 EXKURS: RECHTSPOLITISCHE EINWENDUNGEN GEGENÜBER DER RESTSCHULDBEFREIUNG	115
§ 6 ERGEBNISSE ZUM ZWEITEN TEIL: DAS PRINZIP DER RESTSCHULDBEFREIUNG UND DAS SCHWEIZER RECHT	117
DRITTER TEIL: DIE RESTSCHULDBEFREIUNG NACH DEUTSCHEM RECHT	121
§ 1 DAS VERBRAUCHERINSOLVENZVERFAHREN ALS VORSTUFE ZUM RESTSCHULDBEFREIUNGSVERFAHREN.....	123
I. Einleitung	123
1. Der Verfahrensablauf bis zur Ankündigung der Restschuldbefreiung	123
2. Anwendungsbereich des Verbraucherinsolvenzverfahrens	124
3. Kostenstundung.....	125
II. Die erste Stufe des Verbraucherinsolvenzverfahrens: Die aussergerichtliche Schuldenbereinigung	128

III. Das Insolvenzeröffnungsverfahren	130
1. Zuständigkeit	131
2. Berechtigung zur Antragsstellung	131
3. Ergänzende Unterlagen	132
IV. Die zweite Stufe: Das gerichtliche Schuldenbereini- gungsverfahren	134
V. Die dritte Stufe: Das vereinfachte Insolvenzverfahren.....	136
1. Die Verfahrenseröffnung	136
2. Verfahrensablauf.....	137
3. Vereinfachungen gegenüber dem Regelinsolvenzverfahren ...	138
VI. Zusammenfassung	138
§ 2 DAS RESTSCHULDBEFREIUNGSVERFAHREN.....	141
I. Die Eröffnung des Restschuldbefreiungsverfahrens mittels Ankündigung	141
1. Antrag des Schuldners.....	142
2. Anhörung der Gläubiger und des Treuhänders	143
3. Die Versagungsgründe nach § 290 InsO	144
3.1. Rechtskräftige Verurteilung des Schuldners aufgrund einer Insolvenzstraftat.....	145
3.2. Unrichtige oder unvollständige Angaben über die fi- nanzielle Situation.....	146
3.3. Sperrfrist	147
3.4. Gläubigerschädigung	148
3.5. Verstoss gegen Auskunft- und Mitwirkungspflich- ten.....	150
3.6. Fehlerhafte Angaben in den nach § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO vorzulegenden Verzeichnissen	151
4. Die Ankündigungsentscheidung.....	152
II. Die Wohlverhaltensperiode	153

1. Dauer von Wohlverhaltensperiode und Abtretungserklärung	153
2. Das Vollstreckungssubstrat in der Wohlverhaltensperiode	155
2.1. Die abgetretenen Forderungen auf Bezüge.....	155
2.2. Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit.....	157
2.3. Von Todes wegen oder in Bezug auf ein künftiges Erbrecht erworbenes Vermögen.....	158
2.4. Sicherung der zur Verteilung bestimmten Vermögenswerte	159
2.5. Verwendung des Treugutes	161
3. Haftung des Schuldners gegenüber Neugläubigern	162
4. Die Obliegenheiten des Schuldners.....	163
4.1. Die Erwerbsobliegenheit.....	163
4.2. Herausgabe erbrechtlich erworbener Vermögenswerte.....	166
4.3. Mitwirkungsobliegenheiten des Schuldners	166
4.4. Obliegenheit zur Gläubigergleichbehandlung	168
5. Weitere Versagungsgründe	169
III. Das Ende des Verfahrens	169
1. Geltendmachen der Obliegenheitsverletzungen und der anderen Versagungsgründe	170
2. Erteilen der Restschuldbefreiung	173
3. Wirkung der Restschuldbefreiung.....	174
4. Widerruf der Restschuldbefreiung	176
IV. Zusammenfassung.....	177
§ 3 ZUSAMMENFASSUNG DES DRITTEN TEILS: KURZBESCHRIEB DES DEUTSCHEN VERFAHRENS	179
VIERTER TEIL: DER VERBRAUCHERKONKURS IN DEN USA	181

§ 1 DIE VERFAHRENERÖFFNUNG	183
I. Einleitung	183
1. Anwendungsbereich	184
2. Zuständigkeit.....	185
II. Verfahrensvoraussetzungen	186
1. Antragsberechtigung	186
2. Nichterforderlichkeit der Insolvenz	187
3. Verfahrenskosten	188
4. Keine vorgängige Verfahreneinstellung nach 11 U.S.C. § 109(g)	191
5. Die obligatorische Schuldnerberatung	192
6. Dokumentation.....	194
6.1. Erforderliche Dokumente	194
6.2. Mangelhafte Dokumentation	195
7. Kein Missbrauch des Verfahrens	197
8. Weitere Voraussetzungen.....	200
III. Verfahrenseröffnung und Entscheidung über die Vor- aussetzungen	201
IV. Umwandlung in einen anderen Verfahrenstyp	203
V. Zusammenfassung.....	204
§ 2 WEITERE SCHRITTE ZUR FORTFÜHRUNG DES VERFAHRENS.....	205
I. Gläubigerversammlung	205
II. Der Mitteltest (Means Test) des Chapter-7-Verfahrens.....	206
III. Das Chapter-13-Planbewilligungsverfahren.....	207
1. Inhalt des Plans.....	207
2. Guter Glauben und Machbarkeit	210

3. Verfahren und Wirkungen der Planbestätigung.....	211
IV. Zusammenfassung.....	211
§ 3 DAS VOLLSTRECKUNGSSUBSTRAT	213
I. Die Liquidationsmasse in einem Chapter-7-Verfahren	213
II. Die Masse im Chapter 13.....	214
III. Die Vollstreckungssperre (automatic stay).....	216
IV. Verteilung.....	219
V. Zusammenfassung.....	220
§ 4 DIE RESTSCHULDBEFREIUNG.....	223
I. Voraussetzungen	223
1. Informationspflichten	224
2. Zeitliche Grenze zwischen zwei Konkursverfahren.....	226
3. Kurs zur Verwaltung der Finanzen (financial management course).....	227
4. Kooperation des Schuldners.....	228
5. Chapter-13-Restschuldbefreiung in Härtefällen.....	229
6. Verfahren zur Geltendmachung von Versagungsgründen	230
II. Umfang der Restschuldbefreiung	231
1. Steuerforderungen	231
2. Unterhaltsforderungen und Ansprüche aufgrund güter- rechtlicher Vereinbarung	232
3. Nicht aufgelistete Forderungen	233
4. Fehlverhalten des Schuldners.....	234
5. Studiendarlehen.....	235

6. Der unterschiedliche Umfang der Chapter-13-Restschuld- befreiung und derjenigen nach Chapter 7	236
7. Verfahren zur Geltendmachung einer Ausnahme.....	237
III. Wirkung der Restschuldbefreiung.....	238
1. Aufhebung der Vollstreckbarkeit erlassener Restforderun- gen	238
2. Grenzen der Wirkung	239
3. Diskriminierungsverbot.....	241
IV. Widerruf der Restschuldbefreiung	242
V. Zusammenfassung.....	243
§ 5 ZUSAMMENFASSUNG DES VIERTEN TEILS: KURZBESCHRIEB DES AMERIKANISCHEN VER- FAHRENS	245
FÜNFTER TEIL: RECHTSVERGLEICH	247
§ 1 EINFÜHRUNG.....	249
§ 2 SCHULDNERSCHUTZ UND KREDITKULTUR	251
I. Restriktiver Schuldnerschutz in der Schweiz	252
II. Kreditkultur in den USA	253
III. Der Mittelweg Deutschlands	254
IV. Empfehlung für die Schweiz.....	254

§ 3	VERGLEICH DER RESTSCHULDBEFREIUNGS- VERFAHREN	255
I.	Die relevanten Interessen.....	255
	1. Die Gläubigerinteressen	255
	2. Die Interessen der Schuldner.....	256
	3. Die Interessen der Öffentlichkeit	259
	4. Die Beurteilungsgrundlage für den Rechtsvergleich	260
	5. Die zu vergleichenden Bestandteile des Verfahrens.....	260
II.	Zugang zum Verfahren	261
	1. Die Zugangskriterien.....	261
	1.1. Der Anwendungsbereich.....	261
	1.2. Verhinderung des Verfahrensmisbrauchs	262
	a) Die Zahlungsfähigkeit als Missbrauchsargument	262
	b) Übrige, verhaltensbezogene Faktoren.....	263
	c) Die subjektive Komponente.....	266
	1.3. Die Informationspflichten.....	267
	1.4. Weitere Voraussetzungen	268
	1.5. Die Kosten des Verfahrens.....	270
	1.6. Geltendmachung	272
	1.7. Zusammenfassung	273
III.	Vollstreckungssubstrat und Schuldnerkooperation.....	274
	1. Vollstreckungssubstrat unter Berücksichtigung verhaltens- steuernder Wirkungen	274
	2. Schutz des Vollstreckungssubstrats	277
	3. Schuldnerkooperation.....	277
	4. Zusammenfassung.....	279
IV.	Die Eigenschaften der Restschuldbefreiung	280
	1. Der Umfang	280
	2. Die Wirkung	284
	3. Widerruf	286

§ 4 ERGEBNIS: GRUNDZÜGE EINES SCHWEIZER KONKURSVERFAHRENS MIT RESTSCHULD- BEFREIUNG	287
ZUSAMMENFASSUNG	291